



Baden-Württemberg



MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION

Eckpunkte zu Unterbringungsformen für minderjährige Geflüchtete und unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) unter besonderer Berücksichtigung junger Menschen aus der Ukraine

Stand: 07.04.2022

Inhalt:

- Unterbringung für in Verbänden mit Erwachsenen einreisende minderjährige Geflüchtete aus der Ukraine ohne Betriebserlaubnis
- Vorläufige Inobhutnahme und Inobhutnahme nach § 42a bzw. § 42 SGB VIII
- Schüler- und Jugendwohnheime sowie Internate nach § 13 SGB VIII
- Stationäre Wohnformen im Rahmen Hilfe zur Erziehung nach § 34 SGB VIII

Vorbemerkung

Neben der Verteilung und Verwaltung stellt die Versorgung von minderjährigen geflüchteten Menschen eine zentrale Aufgabe der Jugendhilfe dar. Unter dem Primat der Kinder- und Jugendhilfe sollen diese Eckpunkte die allgemeinen Rahmenvorgaben des SGB VIII sachgerecht ausgestalten und flexible, bedarfsgerechte Versorgungs- und Betreuungsstrukturen für minderjährige Geflüchtete und UMA ermöglichen. Ausgangspunkt für diese Rahmenbedingungen stellen das Grundlagenpapier für stationäre Einrichtungen nach § 45 SGB VIII des KVJS sowie der Rahmenvertrag nach § 78f SGB VIII dar. In erster Linie dienen die Eckpunkte dazu, den Kinderschutz für minderjährige Geflüchtete und UMA - insbesondere aus der Ukraine - vor Ort sicherzustellen. Neben den herkömmlichen Angebotsformen können erweiterte und der Situation angemessene Unterbringungsformen innerhalb deren Bandbreite partnerschaftlich entwickelt werden. Es wird deshalb empfohlen, in den einzelnen Stadt- und Landkreisen Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII für die Planung der Angebotsformen vor Ort zu nutzen.

Zur Sicherstellung des strukturellen Kinderschutzes wird dieses Papier prozesshaft weiterentwickelt und orientiert sich an der Praxis vor Ort. Das Papier besitzt Gültigkeit bis 1. April 2023.

Unterbringung für in Verbänden mit Erwachsenen einreisende minderjährige Geflüchtete aus der Ukraine ohne Betriebserlaubnis

Aspekte	In Verbänden (z.B. Kinderheime, Schulen) einreisende minderjährige Geflüchtete aus der Ukraine
Betriebserlaubnis und Gewährleistung Kinderschutz	<p>Um der bestehenden Notsituation gerecht zu werden, kann die Betreuung für die Dauer von sechs Monaten ohne Betriebserlaubnis erfolgen. In diesem Fall ist der Kinderschutz durch das örtliche Jugendamt sicherzustellen. Dabei ist unter anderem zu prüfen, inwieweit die Betreuung über Tag und Nacht sowie die umfassende Versorgung der Kinder und Jugendlichen gewährleistet ist. Gegebenenfalls ist eine komplementäre personelle Unterstützung durch die freien Träger vor Ort anzustreben.</p> <p>Ggf. kann auch in Kooperation verschiedener Jugendämter die Unterbringung sichergestellt werden.</p>
Unterkunft	<p>Die Aufnahme bzw. Unterbringung kann zunächst in geeigneten Räumlichkeiten wie z. B. Wohnhäusern, Jugendherbergen, Turnhallen, leerstehende Liegenschaften erfolgen. Das örtliche Jugendamt prüft vor Ort die Rahmenbedingungen. Darüber hinaus muss das Baurechtsamt der zweckbestimmten Nutzung zustimmen (Brandschutz). Die Stellungnahme des Gesundheitsamtes ist ebenfalls schnellstmöglich einzuholen.</p> <p>Mitgereiste Begleitpersonen können gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen untergebracht werden.</p>
Personal	<p>Das mitgereiste Begleitpersonal ist in die Betreuung und Versorgung der Kinder einzubeziehen, weil davon auszugehen ist, dass es sich hierbei um Vertrauenspersonen sowie Sprach- und Kulturmittler handelt. Wenn die Vorlage eines erweiterten polizeilichen Führungszeugnisses nicht möglich ist, ist mindestens eine Selbstverpflichtungserklärung der ukrainischen Begleitpersonen dem örtlichen Jugendamt vorzulegen.</p> <p>Von ehrenamtlichen Mitarbeitenden müssen zunächst Selbstverpflichtungserklärungen vorgelegt und erweiterte polizeiliche Führungszeugnisse zum schnellstmöglichen Zeitpunkt nachgereicht werden.</p> <p>Das örtliche Jugendamt prüft, ob es zur Sicherstellung und Unterstützung der Betreuung entsprechender Strukturen, die ggf. über Kooperationen mit vorhandenen Trägern vor Ort aufgebaut werden, bedarf.</p>

Status der Minderjährigen	<p>Das örtliche Jugendamt prüft im Einzelfall, ob für das Kind oder den Jugendlichen ein Erziehungs- oder Sorgeberechtigter verfügbar ist. Wird trotz Begleitung durch Erziehungsberechtigte durch das Jugendamt festgestellt, dass die Erziehungsberechtigung der begleitenden Personen nicht ausreichend vorliegt, ist der UMA-Status festzustellen. Im Fall der vorläufigen Inobhutnahme und der Inobhutnahme kann aus Gründen des Kindeswohls ein Verbleib in der Gruppe angezeigt sein. Außerdem kann in dieser Situation bei UMA ein Verteilhindernis im Sinne des § 42b Abs. 4 SGB VIII aus Gründen des Kindeswohls vorliegen. +</p>
Zeitliche Perspektive	<p>Kinder und Jugendliche können in diesem Rahmen maximal für sechs Monate nach Einreise untergebracht werden. Eine Überleitung in ein nach diesem Eckpunktepapier betriebserlaubnisfähiges Angebot hat innerhalb dieser Frist zu erfolgen, um die Kapazitäten für nachfolgende Gruppen aufrecht zu erhalten. So kann diese Angebotsform unter Verantwortung des örtlichen Jugendamts zur Unterbringung von weiteren Gruppen aus der Ukraine genutzt werden.</p> <p>Bei der Überleitung können sich entsprechend der Bedarfe der jungen Menschen insbesondere auch Unterbringungsformen nach § 13 Abs. 1 SGB VIII anbieten (vgl. S. 6).</p> <p>Abhängig von der Zielgruppe ist der Übergang in betriebserlaubte Angebote zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung ggf. früher vorzunehmen (z. B. bei Kindern und Jugendlichen mit Behinderung).</p>

Vorläufige Inobhutnahme und Inobhutnahme nach §§ 42a und 42 SGB VIII

Aspekte und Angebotsformen	Vorläufige Inobhutnahme nach Einreise (VION) § 42a - f SGB VIII	Inobhutnahme nach Zuteilung auf den Kreis (ION) § 42 SGB VIII
Platzkapazität	<p>Die Gesamtplanung (VION/ION + Anschlusshilfen für UMA) ist Aufgabe der örtlichen Jugendhilfeplanung. Die betriebserlaubten ION-Wohnformen sind zwar ein zentraler Teil der benötigten Kapazität, werden aber z.B. durch Plätze in (Bereitschafts-) Pflegestellen oder durch betriebserlaubte eingestreute ION-Plätze in diversen Wohnformen ergänzt. In Einrichtungen mit mehr als 12 Plätzen sollten Gemeinschaftsräume in angemessener Zahl und Größe vorgehalten werden. Die Betriebsführung ist gegebenenfalls im Einzelfall mit dem KVJS-Landesjugendamt zu klären.</p>	
Räume	<p>Die Räume müssen den Vorgaben des Brandschutzes entsprechen und das örtliche Baurechtsamt muss der Wohnnutzung zustimmen. Eine Überprüfung der hygienischen Voraussetzungen erfolgt durch das Gesundheitsamt. Nach Möglichkeit sollen für die VION/ION eine eigene Einrichtung oder separate Wohnbereiche in einer Einrichtung der Jugendhilfe bereitgestellt werden. Die Unterbringung von mehreren Kindern/Jugendlichen in einem Zimmer kann auch auf Wunsch der jungen Menschen erfolgen.</p> <p>Eine VION ist auch auf betriebserlaubten eingestreuten ION-Plätzen in Wohnformen der Hilfe zur Erziehung möglich.</p> <p>Richtwerte für die Raumgrößen der Schlafzimmer: Einzelzimmer mind. 8 m² Doppelzimmer mind. 10-12 m² 3er-Zimmer ca. 16 m² 4er-Zimmer ca. 20 m² In größeren Räumen vorübergehend bis max. 6 Betten</p> <p>Die Einrichtung/der Wohnbereich für VION muss Schlaf- und Aufenthaltsräume, Sanitäre Anlagen, Küche (oder andere Regelung zur Versorgung), Büro- bzw. Nachtbereitschaftszimmer umfassen. Schlafräume können wegen der kurzen Verweildauer auch Mehrbettzimmer sein.</p>	<p>Betriebserlaubte eingestreute ION-Plätze in Wohnformen der Hilfe zur Erziehung sind möglich.</p> <p>Richtwerte für die Raumgrößen der Schlafzimmer: Einzelzimmer mind. 8 m² Doppelzimmer mind. 10-12 m² Vorübergehend: 3er-Zimmer ca. 16 m² 4er-Zimmer ca. 20 m²</p> <p>In Jugend- oder Schülerwohnheimen bzw. Internaten sind ION-Plätze möglich, sofern vom Wohnheim- bzw. Internatsbetrieb getrennte Räume zur Verfügung stehen. Etwa ein Stockwerk oder ein Gebäudeteil (Schlaf- und Aufenthaltsräume, Sanitäre Anlagen, Küche, Büro/Nachtbereitschaft Mitarbeiter). Zu unterscheiden ist, ob ein Wohnheimträger Plätze für ION oder für Anschlusshilfen nach Ende der ION anbietet. ION-Plätze werden in der Betriebserlaubnis getrennt ausgewiesen.</p>

Aspekte und Angebotsformen	Vorläufige Inobhutnahme nach Einreise (VION) § 42a - f SGB VIII	Inobhutnahme nach Zuteilung auf den Kreis (ION) § 42 SGB VIII
Personal	<p>Für die Betreuung können nur pädagogische und therapeutische Fachkräfte oder vom KVJS-Landesjugendamt gem. § 21 LKJHG im Einzelfall zugelassene andere Kräfte eingesetzt werden.</p> <p>Um die Aufsicht zu gewährleisten (Kinderschutz) und den Alltag zu organisieren, muss 24 Std. mind. eine Betreuungskraft anwesend sein. Eine Nachtbereitschaft ist erforderlich.</p>	
Konzeption	<p>Schutz und Versorgung</p> <p>Dem Betriebserlaubnis Antrag ist mindestens eine Kurzkonzeption zum geplanten Angebot beizufügen.</p> <p>Die Kurzkonzeption muss folgende Angaben beinhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung des Personenkreises mit Aussagen zum Alter und Geschlecht - Beschreibung des Angebots, unter anderem mit einer Darstellung wie die Alltagssorge sowie die Beteiligung der jungen Menschen und der Schutz vor Gewalt i. S. von § 45 Abs. 2 Nr. 4 und § 42a Abs. 3 SGB VIII sichergestellt wird - Raumprogramm - Geplante Platzzahl 	
Andere Behörden	<p>Die Stellungnahme des Baurechtsamtes und des örtlichen Jugendamtes ist vor Erteilung der Betriebserlaubnis notwendig.</p> <p>Das Angebot ist durch das örtliche Gesundheitsamt zu überprüfen. Dies kann ggf. auch nach Inbetriebnahme erfolgen.</p>	

Schüler- und Jugendwohnheime sowie Internate nach § 13 SGB VIII

Aspekte und Angebotsformen	Jugendwohnheime	Schülerwohnheime	Internate
Betriebserlaubnis	<p>Die Betriebserlaubnis wird analog zur Laufzeit des Eckpunktepapiers erteilt. Für diesen Bereich ist die Grundlagenbroschüre zu beachten: 2020_05_Grundlagen_fuer_die_Betriebserlaubnis_Jugend_Schuelerwohnheime_Internat_BW.pdf(kvjs.de)</p>		
Personal	<p>Neben pädagogischen Fachkräften nach § 21 LKJHG gelten auch Lehrer mit dem zweiten Staatsexamen als Fachkräfte. Um die Aufsicht zu gewährleisten (Kinderschutz) und den Alltag zu organisieren, muss 24 Std. mindestens eine Betreuungskraft anwesend sein. In der Regel ist eine Nachtbereitschaft erforderlich, bei Bedarf kann in Jugendwohnheimen auch eine Rufbereitschaft eingesetzt werden.</p>		
Eigentliche Zielgruppe	<p>Jugendliche und junge Erwachsene in Ausbildung, schulischer oder beruflicher Bildungsmaßnahme oder beruflicher Eingliederungsmaßnahme. Aufnahmealter ist in der Regel ab 15 Jahren.</p>	<p>Der Träger betreibt keine Schule oder Bildungsstätte, sondern nur ein Wohnheim für Schüler, die unterschiedliche öffentliche Schulen besuchen. Aufnahmealter ist in der Regel ab 10 Jahren.</p>	<p>Der Träger des Wohnbereichs ist immer zugleich Träger einer Schule mit einem allgemeinbildenden Abschluss. Das integrative pädagogische Konzept umfasst die Bereiche Schule und Wohnen. Aufnahmealter ist in der Regel ab 10 Jahren.</p>
Zielgruppe und Personalbedarf	<p>Werden minderjährige Geflüchtete aus der Ukraine oder unbegleitete minderjährige Ausländer in Wohnheimen untergebracht ist zu berücksichtigen, dass diese zunächst unter den Personenkreis des § 13 Abs. 1 SGB VIII fallen (sozial benachteiligte oder individuell beeinträchtigte junge Menschen ohne HzE-Bedarf). <u>Mindestvoraussetzung</u> ist hierfür ein Betreuungsschlüssel von 1:10. Ergänzend können zusätzliche Leistungen, ggf. für befristete Zeiträume, hinzukommen. Zu prüfen ist außerdem, ob eine Betreuung auf der Grundlage von § 13 Abs. 3 SGB VIII in Frage kommt.</p>		

<p>Konzeption</p>	<p>Schutz und Versorgung</p> <p>Dem Betriebserlaubnis Antrag ist mindestens eine Kurzkonzeption zum geplanten Angebot beizufügen.</p> <p>Die Kurzkonzeption muss folgende Angaben beinhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung des Personenkreises mit Aussagen zum Alter und Geschlecht - Beschreibung des Angebots, unter anderem mit einer Darstellung, wie die Alltagsorge sowie die Beteiligung der jungen Menschen und der Schutz vor Gewalt i. S. von § 45 Abs. 2 Nr. 4 und § 42a Abs. 3 SGB VIII sichergestellt wird - Raumprogramm - Geplante Platzzahl
<p>Andere Behörden</p>	<p>Die Stellungnahme des Baurechtsamtes und des örtlichen Jugendamtes ist vor Erteilung der Betriebserlaubnis notwendig.</p> <p>Das Angebot ist durch das örtliche Gesundheitsamt zu überprüfen Dies kann ggf. auch nach Inbetriebnahme erfolgen.</p>

Stationäre Wohnformen im Rahmen Hilfe zur Erziehung nach § 34 SGB VIII

Aspekte und Angebotsformen	Stationäre (und sonstige betreute) Wohnformen im Rahmen Hilfe zur Erziehung (HzE) nach § 34 SGB VIII								
Betriebserlaubnis	<p>Die Betriebserlaubnis wird analog zur Laufzeit des Eckpunktepapiers erteilt. Ausgangspunkt für diesen Bereich ist folgendes Grundlagenpapier: Voraussetzungen zur Erteilung einer Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII (kvjs.de)</p> <p>In die Betriebserlaubnis wird in diesem Fall eine Auflage eingefügt, mit dem Hinweis auf die Engpässe vor Ort in Bezug auf die Unterbringung von jungen Geflüchteten aus der Ukraine und UMA (Krisenbewältigung). Es gilt, Obdachlosigkeit zu vermeiden. Ziel bleibt, die üblichen Mindestanforderungen zu erreichen. Im Bedarfsfall können kürzere Fristen über Nebenbestimmungen in der Betriebserlaubnis bestimmt werden.</p>								
Kapazität	<p>Die Regelgruppengröße sollte möglichst eingehalten werden. Ist dies nicht möglich, sind folgende Abweichungen denkbar, falls die räumliche und personelle Situation dies zulassen:</p> <table border="0" data-bbox="472 922 2045 1098"> <tr> <td>Wohngruppe im Heim</td> <td>bis 12 Plätze (statt max. 9) - Mind.pers.bedarf von 3,6 VK darf nicht unterschritten werden</td> </tr> <tr> <td>Dezentrale Wohngruppe</td> <td>bis 12 Plätze (statt max. 7) - Mind.pers.bedarf von 3,6 VK darf nicht unterschritten werden</td> </tr> <tr> <td>Jugendwohngemeinschaft</td> <td>bis 6 Plätze (statt 4) – Der Gruppenaspekt spielt eine wesentliche Rolle.</td> </tr> <tr> <td>„Akkumuliertes“ BJW</td> <td>bis 6 Plätze (statt 3) – Der Gruppenaspekt spielt hier keine Rolle.</td> </tr> </table>	Wohngruppe im Heim	bis 12 Plätze (statt max. 9) - Mind.pers.bedarf von 3,6 VK darf nicht unterschritten werden	Dezentrale Wohngruppe	bis 12 Plätze (statt max. 7) - Mind.pers.bedarf von 3,6 VK darf nicht unterschritten werden	Jugendwohngemeinschaft	bis 6 Plätze (statt 4) – Der Gruppenaspekt spielt eine wesentliche Rolle.	„Akkumuliertes“ BJW	bis 6 Plätze (statt 3) – Der Gruppenaspekt spielt hier keine Rolle.
Wohngruppe im Heim	bis 12 Plätze (statt max. 9) - Mind.pers.bedarf von 3,6 VK darf nicht unterschritten werden								
Dezentrale Wohngruppe	bis 12 Plätze (statt max. 7) - Mind.pers.bedarf von 3,6 VK darf nicht unterschritten werden								
Jugendwohngemeinschaft	bis 6 Plätze (statt 4) – Der Gruppenaspekt spielt eine wesentliche Rolle.								
„Akkumuliertes“ BJW	bis 6 Plätze (statt 3) – Der Gruppenaspekt spielt hier keine Rolle.								
Raumprogramm	<p>In Wohngruppen in der Regel nur Einzelzimmer oder Doppelzimmer. Anzahl der Doppelzimmer je Wohngruppe kann ggf. erhöht werden. Zur Schaffung der nötigen zusätzlichen Kapazitäten in Anschlusshilfen wird während der Laufzeit dieser Eckpunkte die Belegung geeigneter Räume (s. Seite 3) in Ausnahmefällen mit maximal 4 Personen zugelassen. In Verselbständigungsangeboten wie Jugendwohngemeinschaften und im „akkumulierten“ betreuten Einzelwohnen notfalls Doppelzimmer.</p>								

<p>Personal</p>	<p>Die Aufsicht im Sinne des Kinderschutzes über die Minderjährigen orientiert sich an den Standards zur Regelgruppengröße und den Voraussetzungen für die Betriebserlaubnis in stationären HzE-Einrichtungen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bei erhöhter Platzzahl ist zusätzliches Personal einzusetzen. <p>Vom Fachkraft-Gebot sind <u>vorübergehend</u> Abweichungen möglich:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Maximal die Hälfte der Betreuungskräfte (VK) pro Team können sog. „andere Kräfte“ sein (§ 21 LKJHG), die vom LJA angebotsbezogen zugelassen worden sind. <ol style="list-style-type: none"> a) Für Fachkräfte der Eingliederungshilfe gem. SGB IX und Fachkräfte für Wohnheime und Internate werden grundsätzlich Zulassungen in Aussicht gestellt. b) Anträge auf Zulassung weiterer „anderer Kräfte“, insbesondere mitgereiste Begleitpersonen, werden unter Berücksichtigung der Gesamtsituation (Zielgruppe bzw. Bedarfe der Kinder und Jugendlichen, Kapazität des Angebots, Teamzusammensetzung) geprüft. <p>Zulassungen sind Einzelfallentscheidungen des KVJS-Landesjugendamts, unter Berücksichtigung der Gesamtsituation des Angebots bzw. der Einrichtung.</p>
<p>Konzeption</p>	<p>Schutz und Versorgung</p> <p>Dem Betriebserlaubnisantrag ist mindestens eine Kurzkonzeption zum geplanten Angebot beizufügen.</p> <p>Die Kurzkonzeption muss folgende Angaben beinhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung des Personenkreises mit Aussagen zum Alter und Geschlecht - Beschreibung des Angebots, unter anderem mit einer Darstellung wie die Alltagssorge sowie die Beteiligung der jungen Menschen und der Schutz vor Gewalt i. S. von § 45 Abs. 2 Nr. 4 und § 42a Abs. 3 SGB VIII sichergestellt wird - Raumprogramm - Geplante Platzzahl

Andere Behörden

Die Stellungnahme des Baurechtsamtes und des örtlichen Jugendamtes ist **vor der Erteilung der Betriebserlaubnis** notwendig.

Das Angebot ist durch das örtliche Gesundheitsamt zu überprüfen. Dies kann ggf. auch nach Inbetriebnahme erfolgen.